



Das Reichsbanner

Nr. 3 33. Jahrgang September 1989

D 20179 F

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

1949 - 1989

Vierzig Jahre Bundesrepublik Deutschland

Am 07. September wurde die Bundesrepublik Deutschland 40 Jahre alt. Die Verfassung für unseren Staat, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, wurde schon am 23. Mai 1949 verkündet. Das Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat erarbeitet und bildete die Grundlage für die Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag. Diese Wahlen ergaben 31 Prozent für die CDU, 29,2 Prozent für die SPD, 11,9 Prozent für die FDP, 5,7 Prozent für die KPD und weitere Stimmen, die Sitze im Bundestag einbrachten für kleinere Parteien. Eine Sperrklausel gab es damals noch nicht.

Die Fragen, die die Menschen damals bewegten, bildeten auch die Schwerpunkte des 1. Regierungsprogrammes der Bundesregierung mit dem Bundeskanzler Adenauer (CDU): Wirtschaftsaufbau, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Beseitigung der Wohnungsnot, Aufhebung der Demontagebefehle.

Heute, 40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland klingen uns manche dieser Themen wieder sehr vertraut. Dennoch, zunächst ist ein Blick zurück in die Vorgeschichte zur Bundesrepublik Deutschland erforderlich.

Auch die Deutsche Demokratische Republik feierte 40-jähriges Jubiläum (06.10.). Beide deutsche Staaten sind das Ergebnis der europäischen Nachkriegsordnung. Sie sind künstliche Gebilde, verordnet von den Siegermächten, nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Deshalb muß es Verständnis für die Menschen geben, die auch heute noch das Ziel der Wiedervereinigung verfolgen. Dieses Ziel ist jedoch durch die selbständige Entwicklung beider deutschen Staaten und deren Einbindung in unterschiedliche militärische Blöcke in immer weitere Ferne gerückt. Es wird sich, wenn überhaupt, nur in einem geeinten Europa verwirklichen lassen.

Geschichte läßt sich nicht korrigieren. Dennoch ist es notwendig, die richtigen Lehren aus ihr zu ziehen. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist

eigentlich wesentlich älter als 40 Jahre. Man kann über Daten streiten; zumindest aber läßt sich die Geschichte der Bundesrepublik auf den 30. Januar 1933, dem Tag der Machtübergabe an Adolf Hitler zurückführen. Mit diesem Tag begann der Zeitablauf für das Deutsche Reich. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hängt auch sehr eng mit dem 01. September 1939, dem Tag, an dem vor fünfzig Jahren deutsche Truppen und damit das Deutsche Reich Polen überfielen und den Zweiten Weltkrieg entfesselten.

Dieser Größenwahn, die Ideologie von Blut und Boden, Machthunger und verbrecherische Menschenverachtung der nationalsozialistischen Führer brachten unendliches Leid und Not über die Menschen in Europa und vielen Teilen der Erde.

55 Millionen Tote, 90 Millionen Verwundete, 11 Millionen in Konzentrationslagern Ermordete - davon 6 Millionen Juden - sind die schlimme und fürchterliche Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Der an den Juden begangene Völkermord ist beispiellos in der Geschichte.

Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges war die Grundlage für die Bildung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949. Unser Grundgesetz trägt dem Rechnung. In ihm wurden die Lehren aus der Geschichte gezogen. Es enthält einen eindeutigen antifaschistischen und antinationalistischen Auftrag, sichert die Menschenrechte und Grundrechte, verpflichtet das Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit, gebietet den sozialen Staat, sichert das Asylrecht und die Vereinigungsfreiheit und bildet eine freiheitlich-demokratische Grundordnung für die freie Entfaltung aller Menschen in diesem Staat.

Die Verfassungswirklichkeit sieht jedoch etwas anders aus. Notstandsgesetze, im Jahre 1968 nach hartem Widerstand aus der Bevölkerung und der Gewerkschaften verkündet, engen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist lange noch nicht verwirklicht; Frauen sind in unserer Gesellschaft noch vielfältig benachteiligt. Der Staat kommt

dem Sozialstaatsgebot oftmals nicht nach, der Sozialpflichtigkeit des Eigentums wird nur in seltenen Fällen Rechnung getragen. Die Liste läßt sich beliebig erweitern. Nicht zuletzt muß festgestellt werden, daß der Auftrag des Artikels 139 Grundgesetz (Verbot aller neonazistischen Organisationen) nie richtig ernst genommen wurde. Altnazis durften in staatlichen Ämtern und Positionen verbleiben, bzw. in diese zurückkehren, Recht sprechen und die Bundeswehr aufbauen.

Heute, nach vierzig Jahren Bundesrepublik etablieren sich rechtsradikale und neofaschistische Parteien in Gemeindeparlamenten, Kreistagen und Landesparlamenten, wurden in das Europaparlament gewählt und sind angetreten auch den Bundestag „zu erobern“. Dieser schlimmen Entwicklung müssen alle demokratischen Kräfte in unserem Land Einhalt gebieten. Faschistische Organisationen haben keinen Anspruch auf demokratische Rechte. Diese Rechte haben sie sich in der Zeit von 1933 bis 1945 erögültig und für alle Zeit verwirkt.

Eng mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist auch die Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) verbunden. Mit diesem Bund, der am 13. Oktober 1949 in München gegründet wurde, haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Lehren aus der Nazi-Zeit gezogen. Die Einheitsgewerkschaftsbewegung war bisher ein erfolgreiches Bollwerk gegen Faschismus. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben entscheidend zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Ohne freie Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer eine freie demokratische Gesellschaft nicht leben. Deshalb wird auch die weitere Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die weitere Integration der europäischen Staatengemeinschaft sehr eng mit einer

handlungsfähigen Gewerkschaftsbewegung verknüpft sein. Dabei soll die Rolle der demokratischen Parteien, der Kirchen und der Staatsorgane nicht geschmälert werden.

Wer die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nacharbeiten möchte, sollte in die Geschichtsbücher sehen. Es gibt viele davon; nicht alle Daten lassen sich in einem kurzen Artikel nacharbeiten.

Heute sind die Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland geprägt durch eine lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, durch strukturschwache Gebiete, durch wachsende Armut, durch verschlechterte Sozialbeziehungen, durch Sozialabbau, durch den Abbau von Arbeitnehmerrechten, durch die Umverteilung von Einkommen, durch den Verlust an Massenkraft und durch eine in ihrer langfristigen Dimension noch nicht überschaubare Ökologikrise.

Heute müssen wir Aussiedler und Übersiedler in unserem Land integrieren, weil im anderen deutschen Staat die freie Entfaltung der Persönlichkeit behindert und Grundrechte verwehrt werden.

Heute sind wir gefordert unsere Zukunft und die unserer Kinder und Kindeskinde zu gestalten. Heute schreiben wir durch unser Handeln, Unterlassen und durch unsere Bereitschaft zur Kooperation in dem von uns zu gestaltenden Haus Europa Geschichte.

Wir haben den Auftrag den Frieden zu sichern, den Faschismus und Rechtsextremismus zu beseitigen, den Sozialstaat auszubauen und allen Menschen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu garantieren. In diesem Sinne wollen wir uns der Verantwortung stellen und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fortschreiben.

Karl-Heinz Jungmann

Briefe und Meinungen

Umstrittener Aufruf

Der diesjährige Aufruf der IG-Metall-Jugend, verstärkt über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aufmerksam zu machen, hat angesichts steigender Zahlen von Wehrdienstverweigerern und dem Rückgang einberufungsfähiger Jugendlicher bei einigen Politikern und Militärs alte Ressentiments gegenüber Gewerkschaften aufkommen lassen. Der Aufruf der IG-Metall-Jugend wurde von ihnen so aufgefaßt, als hätte er zur massenhaften Wehrdienstverweigerung aufgefordert.

Das Reichsbanner kennt solche Ressentiments bereits aus ihrer eigenen Geschichte, aus der Zeit der Weimarer Republik. Aus der Erfahrung der Kaiserzeit und des 1. Weltkrieges - nicht umsonst nannte man sich ja Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer - achtete man darauf, daß sich die Reichswehr nicht

zum Staat im Staate machte. Zwar plädierte das Reichsbanner uneingeschränkt für die Landesverteidigung nach außen, gleichzeitig mußte von der Reichswehr innenpolitische Neutralität verlangt werden. Eine Armee, die nach außen schützen soll und dabei auf die Unterstützung aller Bürger angewiesen sei, könne sich nicht innenpolitisch in eine Frontstellung gegen diese Bürger begeben. Das Diktum Seeckts: „Hände weg vom Heere! Das Heer dient dem Staat, nur dem Staat, denn es ist der Staat.“, war für das Reichsbanner eine undemokratische Haltung. Dagegen haben Höltermann, Deimling, Mayr, Haubach, Schumacher u.a. energisch protestiert. Die Reichswehr müsse republikanisert werden, das hieß, der Soldat muß gleichzeitig auch mündiger Bürger der Republik sein und zuerst zur Verfassung stehen, das war die Vorstellung des

Reichsbanners. Die geschlossene Offizierskaste preußischen Soldatentums müsse für alle Schichten des Volkes zugänglich gemacht werden, die Reichswehr habe sich politisch an der Weimarer Verfassung zu orientieren und einseitige, auf Revanche und Raumgewinn orientierte Politik zu lassen. Die Rekrutierung sollte von zivilen Kommissaren vorgenommen werden, damit nicht die Reichswehrführung politisch einseitig ausgesuchte Mannschaften aufstellt. Als ein Mittel sah man dabei die Republikanisierung der Reichswehr an, die nach dem Severingschen Beispiel der preußischen Polizei, diese mit demokratisch orientierten Kräften, auch aus dem Reichsbanner, stärken sollte.

Der Pazifismus und die Kriegsdienstverweigerung gehörte, nach einer Aussage Ludwig Gerlachs, nicht zu den Aufgaben des Reichsbanners. Man war aber bereit, Pazifisten, sofern sie sich zu den Grundsätzen des Reichsbanners bekannten, aufzunehmen und zu tolerieren. Bis 1928 gab man z.B. der Deutschen Friedensgesellschaft Saalschutz, die für Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus in ihren Veranstaltungen warb. General a.D. von Schönaich war Pazifist und zugleich auch beehrter Redner bei Reichsbannerveranstaltungen. Allerdings fühlte man sich durch radikale Pazifisten auch politisch kompromittiert. Die Rechtsparteien warfen Pazifisten und Reichsbanner in einen Topf und schlossen dann zu unrecht daraus, daß das Reichsbanner eine wehrfeindliche Stellung einnehme. Otto Hörsing u.a. sahen sich daraufhin veranlaßt, sich von den Pazifisten zu trennen und ihnen keinen Saalschutz mehr zu geben.

Führende Reichsbannermitglieder, u.a. Höltermann und Karl Mayr, erarbeiteten die Richtlinien zur Wehrpolitik, die 1929 auf dem sozialdemokratischen Magdeburger Parteitag verabschiedet wurden. In ihnen wurde u.a. die Kontrolle des Reichstages über alle Angelegenheiten der Reichswehr, gesetzliche Bestimmung zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung, die Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps, die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten, die Einführung einer Personalvertretung für Soldaten u.v.m. gefordert.

Bonn ist nicht Weimar, die Bundeswehr zum Glück nicht mehr die Reichswehr. Viele der in den Richtlinien der Wehrpolitik geforderten Punkte sind heute erfüllt. Nachdem Deutschland in diesem Jahrhundert seine Soldaten zweimal in einen Angriffskrieg schickte und für eine falsche Politik sterben und töten ließ, haben die Väter des Grundgesetzes in Art. 4 Abs. 3 unmißverständlich formuliert, daß niemand

gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Neben dem Verbot eines Angriffskrieges und der Beschränkung auf die Landesverteidigung nach außen hin, ist dies die dritte wichtige Lehre aus der deutschen Vergangenheit bei der Aufstellung der Bundeswehr.

Die individuelle Gewissensprüfung verlangt schon das Konzept der Inneren Führung, die von dem Soldaten als Bürger in Uniform auszugehen hat. Nicht blinder Gehorsam, sondern Einsicht in die Pflicht und den Auftrag zur Landesverteidigung sollen die Strukturen der Bundeswehr, im Gegensatz zur Reichswehr, prägen. Daß diese Gewissensprüfung auch mit einem Rechtsbeistand und am Recht orientiert geschieht, daß es ein Recht darauf gibt, darauf hat die IG-Metall-Jugend aufmerksam gemacht. Angesichts der Rüstungsentwicklung, die weder dem Angreifer noch dem Verteidiger im Falle des atomaren Holocausts eine Chance lassen, und der politischen Entspannung in Mitteleuropa, ist es nichts anderes als nur natürlich, daß sich eine wachsende Zahl von jugendlichen Wehrpflichtigen fragt, ob es zum herkömmlichen Wehrdienst nicht eine Alternative gibt. Damit wenden sie sich ja nicht von der Gesellschaft ab, sondern nur auf eine andere Art zu.

Die Bundeswehr ist kein Selbstzweck. Ihr Ziel muß es sein, eine Politik zu sichern, die Frieden und Abrüstung, die Verständigung und Versöhnung, die weniger statt mehr Militär möglich macht. Sie verteidigt auch eine Politik, in der es Wehrdienstverweigerer geben kann, die aufgrund ihres Gewissens einen anderen, einen sozialen Beitrag zum Frieden im Lande beitragen wollen. Gerade weil die Bundeswehr, im Gegensatz zur Reichswehr, kein monolithischer Zwangskörper im Staate ist, wird sie von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Und weil wir denen, die ihrem Gewissen folgen, die Alternative des sozialen Dienstes an der Gesellschaft zur Sicherung des inneren Friedens geben, wird damit auch die individuelle Freiheit des Einzelnen in einer existentiellen Frage sichergestellt.

Der Aufruf der IG-Metall-Jugend mag kontrovers diskutiert werden. Am Willen der Gewerkschaften, sowohl die Soldaten in der Bundeswehr, als auch die Wehrdienstverweigerer in den sozialen Diensten zu unterstützen und beiden den nötigen Rechtsbeistand zukommen zu lassen, besteht kein Zweifel. Die Lehre aus dem letzten Krieg ist ja, daß wir mit beiden leben können, und daß sie nur zusammen Ausdruck einer funktionierender Demokratie sind.

A.M.

Aus der Geschichte lernen

65 Jahre Reichsbanner Trägt das Reichsbanner eine Mitverantwortung?

Über den Zusammenbruch der Weimarer Republik und über das Verhalten des sozialdemokratischen Parteivorstandes beim Papen-Staatsstreich in Preu-

ßen 1932, wird es immer wieder Meinungsverschiedenheiten geben, solange diese Frage nicht eindeutig geklärt ist.

Bis auf den heutigen Tag halten die Diskussionen in der Arbeiterbewegung an, es streiten sich die Gelehrten über das „Warum“; nicht im Reichsbanner. Gibt es für solche Betrachtungen, die - sofern sie von Kameraden angestellt werden - ein Schuldgefühl?

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold agierte als Erfüllungsorgan in der Abwehr antidemokratischer Versuche zur Störung der legalen Wirksamkeit der republikanischen Parteien, SPD, Zentrum und DDP-Staatspartei. Es verstand sich bis 1933 als demokratische Selbstschutzorganisation. Eine wesentliche Aufgabe erblickte es in der militanten Verteidigung der repräsentativen Demokratie, wie sie durch die republikanische Reichsverfassung vom 11. August 1919 konstituiert worden war. Die Führung der Eisernen Front unter dem Symbol der Drei Pfeile, die für die antifaschistische Einheit von Partei, Gewerkschaften, Arbeitersportvereinen und Reichsbanner standen, lag in Händen des Reichsbanners, die politische bei der SPD. Das besagt, daß das Reichsbanner über das Geschehen in der Zeit von 1930-1933 die volle Mitverantwortung trägt; - sie kann sich nicht herausmogeln.

Die Schuldfrage über das Versagen am 20. Juli 1932 kann man nicht lösen, wenn man sich nur auf den Papien-Staatsstreich in Preußen fixiert, sondern muß unter voller Einbeziehung des breiten Spektrums des Widerstandes der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Zeit, deren Kampfverbände seit Dezember 1931 in der Eisernen Front zusammengeschlossen waren - und die wirkliche Stärke der Republik-Anhänger, betrachtet werden. In dieser Betrachtung darf man nicht den kommunistischen Widerstand einbeziehen, da sie bis Ende 1932 entschiedene Gegner der Weimarer Republik waren.

Bei der Beurteilung der politischen Lage 1932 wird übersehen (gewollt oder ungewollt), daß das republikanische Kartell - Sozialdemokraten, Zentrum und DDP-Staatspartei - bei der 6. Reichstagswahl 1932 nur noch 38,3% der Wählerstimmen hinter sich hatte. Sozialdemokraten 133 Abg., Zentrum 97 und DDP-Staatspartei 4, zusammen 234; demgegenüber standen 374 Abg. der Republikgegner. Als Republikgegner galten nach der **Reichsbannerregel** alle anderen Parteien. Geht man nach den Wahlergebnissen und Abgeordneten im Reichstag, hat das **Reichsbanner** seit 1930 eine Republik verteidigt, die

keine republikanische Mehrheit mehr hinter sich hatte.

Zwar formierte sich 1919 in der National-Versammlung ein tragfähiges Regierungsbündnis aus Sozialdemokraten, Demokraten und politischem Katholizismus, doch dieser republikanische Kartell - die sogenannte „Weimarer Koalition“ - geriet schon bei der zweiten Reichstagswahl (6.5.1924) in die Minderheit. (Koalition 209 Abgeordnete - Gegner 263). Sie errang aber bei der dritten und vierten Reichstagswahl eine knappe Mehrheit, um sie dann ab der 5. Reichstagswahl nie wieder zu erreichen. Das Ergebnis lag 1930 bei 42%, danach weit unter 40%.

Bis einschließlich März 1933 fanden 8 Reichstagswahlen statt und wurden 20 Regierungen gebildet. Folgende Parteien waren an den insgesamt 20 Regierungen mehr oder weniger beteiligt:

- Sozialdemokraten an 8
- Demokraten an 16
- Kath. Zentrum an 18
- Volkspartei an 11
- Deutschnationale an 8
- Nationalsozialisten an 1 (1933).

Den Reichskanzler stellten Sozialdemokraten 5 mal, in der Zeit vom 15.2.1919 bis 20.6.1920 - 4 mal, und vom 28.6.1928 bis 27.3.1930. Die Volkspartei 2 mal, Zentrum 8 mal und Parteilose 4 mal (Luther 2 mal, Schleicher und v. Papen). Luther und Schleicher waren mit dem Zentrum religiös verbunden; v. Papen wurde aus dem Zentrum ausgeschlossen, weil er 1932 seinen Parteifreund Brüning aus dem Amt verdrängte.

Die Sozialdemokraten waren nur 44 Monate an Koalitionen beteiligt, 126 Monate lang waren sie in der Opposition.

Obwohl die Sozialdemokraten nur an 8, aber das Katholische Zentrum fast durchgehend an 18 Regierungen beteiligt waren, machen seit Adenauers Zeiten die Konservativen die Sozialdemokratie für den Zusammenbruch der Weimarer Republik verantwortlich.

Zur besseren Übersicht das Kräfteverhältnis des republikanischen Kartells und Republikgegner im Reichstag in der Zeit von 1919 bis 1933. (Bei der SPD sind die Wählerstimmen der USPD - National-Versammlung etwa 2,2 Millionen und 1. Reichstag etwa 5 Millionen einbezogen).

		SPD	Dem.	Zentr.	insg.	% St.	Gegner	insg.
19.01.1919:	Nat.-Versammlung	185	75	91	351	83,7%	70	421
06.06.1920:	1. Reichstag	186	39	85	310	65,95%	149	459
06.05.1924:	2. Reichstag	100	28	81	209	42,8%	263	472
07.12.1924:	3. Reichstag	131	32	88	251	49,64%	242	493
20.05.1928:	4. Reichstag	153	25	78	256	49,8%	235	491
14.09.1930:	5. Reichstag	143	20	87	250	42,75%	327	577
31.07.1932:	6. Reichstag	133	4	97	234	38,3%	374	608
06.11.1932:	7. Reichstag	121	2	90	213	36,35%	371	584
05.03.1933:	8. Reichstag	120	5	92	217	33,1%	430	647

Vergleichen wir das Kräfteverhältnis 1932 mit den Republikgegnern und berücksichtigen dabei als Unsicherheitsfaktor das Katholische Zentrum, stellt man fest, daß beim Papen-Staatsstreich in Preußen keine Möglichkeit bestand, diesem mit Gewalt entgegenzutreten.

Die Wahl des Prälaten Kaas zum Parteivorsitzenden im Jahr 1928 und die Bildung der Regierung Brüning im Jahre 1930, bedeutete den Sieg der Rechtstendenzen im Zentrum. Sie träumten schon 1931 gemeinsam mit den Deutschnationalen von einer Restauration der Monarchie oder - doch zumindest von einem antidemokratischen „starken Staat“ unter ihrer Führung. Über die Zielsetzung dieser Art „Demokraten“, die sich der schwarz-rot-goldenen Tarnung bedienten, um zu gegebener Zeit die derzeitige formell demokratische Verfassungswirklichkeit in eine Notstandsdemokratie zu verwandeln, kann kein Zweifel bestehen. - So ist auch anzunehmen, daß das Katholische Zentrum von Anfang an nicht gewillt war, für Preußen ihre ganze Machtstellung in einen Bürgerkrieg - mit einem ungewissen Ausgang - aufs Spiel zu setzen, die sie seit 1918 systematisch - verstärkt seit 1930 - aufbaute.

Um die erworbene Machtstellung auch nach Hitlers Regierungsantritt zu halten, stimmten die Abgeord-

neten des Zentrums dem Ermächtigungsgesetz zu und löste sich - nach Verhandlung von Vizekanzler v. Papen mit Kardinal Pacelli, Erzbischof Gröber und Kaas, im Juli 1933 zwangsläufig auf. Die Begründung: daß die Auflösung der Zentrumsparlei mit Abschluß Konkordats in Rom als feststehend betrachtet und gebilligt wird. Da das Katholische Zentrum ihre Machtstellung im Reich durch die Auflösung gefährdet sah, unternahm sie eine **Selbstgleichschaltung**, in dem sie ihren Anhängern anheim stellte, ihre Interessen auch weiterhin unter dem neuen Regime wahrzunehmen.

Durch das Ausscheiden der 92 Zentrumsabgeordneten schrumpfte die Opposition im Reichstag von 144 auf 52 der Deutschnationalen.

Das Zentrum war religiös gebunden und hat sich nie als eine reine Staatspartei empfunden, sondern als Interessenvertreter des Katholizismus.

Vergleiche man das Kräfteverhältnis zwischen Linke (SPD/KPD) und Rechte, so hätte die Auseinandersetzung für die Linke eine schwere Niederlage gebracht, zumal das Militär rechts stand. Jeder sollte sich Gedanken darüber machen, welchen Leidensweg die Familien der demokratischen Arbeiterschaft bei einer Niederlage hätten gehen müssen.

Reichstagsabgeordnete und %-Wählerstimmen der SPD/KPD

	SPD	KPD	inges.	%Stimmen	Rechte	inges.
National-Vers.	185	-	185	45,48%	236	421
1. Reichstag	186	4	190	41,63%	269	459
2. Reichstag	100	62	162	33,1%	310	472
3. Reichstag	131	45	176	35,0%	317	493
4. Reichstag	153	54	207	40,4%	284	491
5. Reichstag	143	77	220	37,6%	357	577
6. Reichstag	133	89	222	35,9%	386	608
7. Reichstag	121	100	221	37,26%	363	584
8. Reichstag	120	81	201	30,6%	446	647

Entscheidung der SPD am 20. Juli 1932 richtig

Ich gehörte dem illegalen Reichsbanner in Bremen an und übernahm im Herbst 1933 den Außen-Kurierdienst. Da man - wie bei den Sozialdemokraten auch - im engsten Führungskreis annahm, daß ein Putsch des Militärs zu erwarten sei, verneinte ich entschieden und wies auf die freiwillige Auflösung des Katholischen Zentrums hin. Ein Putsch des Militärs wäre nur mit Hilfe der Deutschnationalen und des Zentrums möglich, der den Sozialdemokraten aber nicht die Freiheit bringen würde. Auf meinen Wunsch wurde die politische Situation in der Zeit von 1930 bis 1933 eingehend behandelt und analysiert. Hierfür wurden mehrere Gesprächsabende angesetzt. Einige Punkte die zur Behandlung standen, habe ich in meinem obigen Beitrag eingebracht. Wir kamen zu der Erkenntnis: 1. daß die Entscheidung von Carl Severing und SPD-Parteivorstand - am 20.

Juli 1932 **nicht** zum Widerstand aufzurufen - richtig war; 2. Katholisches Zentrum zum Ermächtigungsgesetz ihr Verhalten würdelos gewesen sei; 3. daß das NS-Regime nicht von langer Dauer sei und an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen werde. Allerdings befürchteten wir, daß eine monarchistisch-reaktionäre Regierung an dessen Stelle treten würde.

4. Die einzige Möglichkeit, zu Gunsten der parlamentarischen Demokratie 1932 doch noch eine Entscheidung herbeizuführen, sahen wir in der Wahl des Reichspräsidenten. Trotz Bedenken gegen Hindenburg (Vorschlag von Brüning) habe der SPD-Parteivorstand versäumt, mit dem Zentrum und DDP-Staatspartei in Verhandlung zu treten, um einen SPD-Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vorzuschlagen und aufzustellen. Das wäre die einzige Alternative zu Hitler gewesen.

Das Wahlergebnis nach unserer Analyse:

Sozialdemokraten	7,959,712	21,6%
Zentrum	5,782,019	15,7%
Kommunisten	5,282,626	14,3%
Demokraten	371,799	1,0%
insg.	19,396,156	52,6%

Die Berechnung wurde vorgenommen nach dem Wahlergebnis der 6. Reichstagswahl vom 31.7.1932 (Höchststand der NSDAP).

Nationalsozialisten	13,765,781	37,3%
Deutschnationale	2,177,414	5,9%
Deutsche Volkspartei	436,012	1,2%
Kleinere Parteien	1,126,991	3,0%
insg.	17,506,198	47,4%

Der Reichsbannerführung wurde vorgeworfen versäumt zu haben, ein Teil der Schupo für eine illegale Arbeit zu schulen.

Dietrich Westermann

Reichsbanner intern

Professor Robert Kempner wird 90 Jahre alt

Unserem Freund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verbundenen Prof. h.c. Dr. Robert M.W. Kempner zum 90. Geburtstag unsere besten Wünsche

Robert M.W. Kempner ist in Freiburg i.Br. am 17. Oktober 1899 als Sohn eines Hygienikers geboren. Seine Mutter, die Tuberkuloseforscherin Lydia Rabinowitsch-Kempner, war Assistentin von Robert Koch in Berlin und erhielt 28-jährig einen Ruf als Professorin für Bakteriologie an das „Womens Medical College“ in Philadelphia. 1912 verlieh ihr Kaiser Wilhelm II. als erster Frau im 20. Jahrhundert in Preußen den Titel „Professor“.

Robert M.W. Kempner wuchs in einem wissenschaftlich geprägten liberalen Haus auf. Nach dem Abitur nahm er am ersten Weltkrieg teil, bekam das E.K. II und studierte nach Kriegsende Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg, Berlin, Breslau und später in Pennsylvania. Zuvor hatte er sich im Arbeiter- und Soldatenrat verdient gemacht.

Als Assessor arbeitete Robert M.W. Kempner einige Jahre bei dem weltweit bekannten Strafverteidiger Dr. Dr. Erich Frey. Nach dem Assessoren-Examen trat er in den preußischen Staatsdienst, wo er als Staatsanwalt, Richter und Justitiar der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium unter dem preußischen Innenminister Carl Severing eine Schlüsselstellung inne hatte.

Schon früh warnte Robert Kempner vor den Nationalsozialisten, die er als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung kennzeichnete. Damals erwogen der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski und später Carl Severing energische Maßnahmen zur Bekämpfung der NSDAP, der SA, SS und vor allem des „Führers“ Adolf Hitler, der ja als Österreicher Ausländer war. Die eingeleiteten Untersuchungen ergaben strafbare Handlungen - staatsfeindliche Verbindung § 129 StGB -. Eine von Staatssekretär Dr. Abegg angeregte warnende

Schrift unter dem Pseudonym Eike von Repkov „Justizdämmerung, Auftakt zum Dritten Reich“, wies schon damals - 1932 - auf eine Blutjustiz der kommenden Nationalsozialisten hin.

Eine von Robert Kempner mitverfaßte Denkschrift vom 2. März 1932 wurde vom preußischen Innenministerium über den Ministerpräsidenten Otto Braun an das Reichsinnenministerium weitergeleitet. Der damalige Reichskanzler Heinrich Brüning war jedoch nicht gewillt, gegen Hitler und seine Partei vorzugehen.

Der Oberstaatsanwalt Karl-August Werner rührte sich überhaupt nicht; wie sich später herausstellte, war Werner Hitler-Anhänger und blieb daher auch nach der Machtergreifung im Amt.

Das Verfahren gegen Hitler wegen hochverräterischen Unternehmens, das nach der Verurteilung auch zur Ausweisung Hitlers als lästigen Ausländer geführt hätte, blieb in den Schubladen der Ministerialbürokratie der Reichsregierung liegen, so Robert Kempner in „Der verpaßte Nazistop“.

Schon in der Weimarer Zeit war Robert Kempner politisch tätig als Dozent an der deutschen Hochschule für Politik und dem Seminar für Sozialarbeit, als Vorstandsmitglied des Republikanischen Richterbundes und als juristischer Berater der deutschen Liga für Menschenrechte, wo er zur Aufdeckung von Fehlurteilen beitrug.

1933 brachte ihm der Umsturz die Entlassung aus dem Preußischen Staatsdienst, die Hermann Göring persönlich veranlaßt hatte. Nach der Gestapohaft emigrierte er zunächst nach Italien und im September 1939 in die USA. Von 1939 bis 1942 lehrte er an der Universität Pennsylvania Verwaltungsrecht und vergleichende Rechtswissenschaft. Später war er im US-Kriegsministerium und Justizministerium politischer und juristischer Berater.

Nach Kriegsende hatte Robert Kempner als Mitglied des Stabes von Robert N. Jackson, dem ameri-

kanischen Hauptankläger beim internationalen Militärtribunal, Ermittlungen zu führen und hunderte von Personen, Prominente und Subalterne, Schuldige und Mitläufer zu vernehmen, u.a. auch Hermann Göring, den er auch heute noch für den Anstifter des Reichstagsbrandes hält. Zwar hatte Dr. Zirpins, Kriminalrat - später Leiter der Kriminalpolizei im Getto von Lodz - als Ermittler im Reichstagsbrand versucht, den Holländer van der Lubbe als einzigen Täter hinzustellen (er konnte es seinem Vorgesetzten Hermann Göring nicht antun, andere Erkenntnisse zu unterbreiten). Noch heute bemüht sich Prof. Dr. Robert Kempner van der Lubbe zu rehabilitieren bis hin zum Europäischen Gerichtshof in Den Haag.

Durch die Buchausgabe „Van der Lubbe - der einzige Täter“ von Dr. Zirpins / Tobias sind selbst Historiker irritiert und behaupten „es gibt keine anderen Täter“, was schon Kogon im Fernsehen widerlegte.

Die Fülle der auch heute noch von Robert Kempner wahrgenommenen Aktivitäten aufzuführen, würde den Rahmen hier sprengen.

Als zugelassener Anwalt läßt er es sich nicht nehmen, noch im hohen Alter Wiedergutmachungsansprüche vor den Sozialgerichten zu vertreten.

Kempner wurde ausgezeichnet mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern, der Carl von Os-

sietzky-Medaille und der silbernen Medaille der Karls-Universität in Prag. Er ist Fellow der Universität in Jerusalem. Er erhielt den Orden „Polonia Restitua“ (1951) und die Hessische Wilhelm-Leuschner-Medaille (1975) und viele andere Ehrungen.

Prof. Dr. Robert Kempner setzte sich zeitlebens für Mitmenschlichkeit ein; auch heute noch ist er aktiv, als Zeitzeuge im In- und Ausland aufzuklären. Auch wir bekräftigen seinen Grundsatz: Ewige Wachsamkeit ist der Preis für die Freiheit.

Für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Verbundenheit

Walter Hesselbach

Kurt Clasen wurde 80 Jahre

Unser Reichsbannerkamerad Kurt Clasen, Hans Geesthacht, wurde am 25.9.1989 80 Jahre alt. Wir gratulieren.

Nachtrag

Den in der letzten Nummer abgedruckten Rechenschaftsbericht der Frankfurter Ortsgruppe hielt Alfred Körner.

Bücher, Bücher...

Hinweis

Der Ullstein-Verlag, Frankfurt/M., bringt unter der Nr. 33076 die Lebenserinnerungen unter dem Titel „Ankläger einer Epoche“ heraus, auf die wir besonders hinweisen, über die Hans Lamm, München, u.a. schreibt: „Es entstand ein Wortprotokoll eines Lebens für die Anklage der Mörder im Staatsauftrag. Zugleich ist es die Odyssee eines deutschen Republikaners, der Amerikaner werden mußte, um Nationalsozialisten vor Gericht zu bringen.

Wer dieses Buch liest, wird erkennen, daß hier ein historisches Dokument geliefert wurde, das einerseits das faszinierende Leben eines tapferen und geistreichen Mannes porträtiert, andererseits ein Geschichtsbuch hohen Wertes darstellt ...“

Heinrich L. Bode

Gerhard Bauer

Sprache und Sprachlosigkeit im Dritten Reich Bund-Verlag

Verschlug es den Untertanen der nationalsozialistischen Diktatur die Sprache? Oder wurden sie besonders laut, unbeherrscht, ja obszön in ihrem Ge-

brüll? Gab es Reste ihrer „eigenen“ Sprache, die sie sich nicht nehmen ließen?

Der Autor Gerhard Bauer sammelte dazu Zeugnisse aus Lebensläufen, Witzen, Meckereien, Prozeßakten, Stimmungsberichte und Vernehmungsprotokollen der Gestapo, aus Mauerinschriften und Zeitungsartikel.

Und heraus kam ein Buch mit vielen verblüffenden Beispielen, wie subtil und unbewußt, aber auch wie bewußt und teils hilflos der Widerstand in der Sprache gegen die Nazidiktatur war. So erfahren wir z.B., daß auch in den KZ's gelacht wurde - auf Seiten der Opfer -, auch, um Kraft zum Überleben zu haben. Wir erkennen, wie fließend die Übergänge in einem Unrechtsstaat sind, die zwischen einem Kritiker und einem Gegner des Staates sein können.

Viele ältere Reichsbannerkameraden werden in diesem Buch einen Teil ihrer eigenen - jetzt zum ersten mal beschriebenen - Geschichte erkennen. Und die Jüngeren unter uns werden eine erste Antwort auf die oft gestellte Frage erhalten, warum habt ihr damals geschwiegen. Geschwiegen hat man eben nicht, nur gehört wurde man auch nicht effektiv.

A.M.

Der verpaßte Nazi-Stopp

Die NSDAP als staatsfeindliche, hochverräterische Verbindung.

Eine preußische Denkschrift von 1930.

Herausgegeben und mit einer Einführung von Dr. Robert M.W. Kempner.

(Damals Justitiar der Polizeiabteilung im Preußischen Innenministerium und spätere US-Ankläger in den Nürnberger Prozessen gegen NS-Schuldige) Bisher unveröffentlicht - Ullstein-Sachbuch, 144 Seiten mit Dokumenten.

Verlag Ullstein GmbH Frankfurt/M - Berlin - Wien
Inhalt:

1. Dr. Robert M.W. Kempner

Preußens Kampf gegen die NSDAP - Hitler hätte gestoppt werden können.

2. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung.

3. Die Rechtsverweigerung der Oberreichsanwaltschaft.

4. Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Braun an den Reichskanzler Heinrich Brüning vom 4. März 1932.

Adolf Hitler und seine Nazipartei wären nie an die Macht gekommen, das Dritte Reich und den zweiten Weltkrieg hätte es nie gegeben! ...

Dieses hier veröffentlichte Dokument verschwand in den Schubladen von Ministerialbeamten der damaligen Reichsregierung - so Prof. Dr. Robert M.W. Kempner.

Das Verfahren gegen Hitler wegen hochverräterischen Unternehmens, das nach einer Verurteilung auch zur Ausweisung Hitlers als lästigen Ausländer geführt hätte, verschwand...

Dr. Robert M.W. Kempner schreibt in seiner Einführung dazu:

Ein Exemplar hatte ich bei meiner Auswanderung nach USA mitgenommen und ich habe es häufig bei meinem Kampfe gegen Hitler benutzt.

Die völlige Fehleinschätzung und Beurteilung der politischen Lage durch die Reichsregierung und der Mangel an Initiative gegenüber der NSDAP läßt sich nachträglich durch die Niederschrift über eine Sitzung der Reichsregierung vom 19. Dezember 1930 beweisen.

Dr. M.W. Kempner ruft auf:

„...In einer Demokratie ist es möglich und notwendig, daß die Medien und jeder einzelne Bürger sich um den Kampf gegen radikale, staatsfeindliche Strömungen kümmern. Der Grundsatz, daß ewige Wachsamkeit der Preis für die Freiheit ist, muß stärker als bisher beachtet werden.“

Das Reichsbanner empfiehlt die Dokumentation.

Heinrich L. Bode

Nachrichten, Namen, Notizen

Annemarie Renger, Bundestagsvizepräsidentin, wird am 7. Oktober 70 Jahre.

Wir gratulieren.

Eine Würdigung erfolgt in der nächsten Nummer.

Heinrich Krone gestorben

Der Mitbegründer des Reichsbanner ist im Alter von 93 Jahren in Bonn gestorben. Heinrich Krone kommt aus der Jugendbewegung der Windhorstbünde und war vor 1933 Abgeordneter des Zentrums. Mit Ernst Lemmer und Erich Ollenhauer verband ihn das Du. Die Nazis belegten ihn mit Berufsverbot und inhaftierten ihn mehrfach. Nach 1945 gründete er mit seinen Freunden aus dem Widerstand in Berlin die CDU.

Heinrich L. Bode

Heinz Westphal 65 Jahre

Der dem Reichsbanner verbundene Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal wurde 65 Jahre, zu dem auch das Reichsbanner gratuliert. Der Bovier Verlag, Bonn, brachte zu dem Ehrentag eigens eine von Hanspeter Blatt und Heinrich Eppe zusammengetragene Festschrift **Produktive Unruhe** heraus. Schon sein Vater, Max Westphal, war der Jugendbewegung vor 1933 verbunden und so hat auch Heinz Westphal nach 1945 die Tradition der Arbeiterjugend mit den Falken ausgleichend mit den anderen Jugendorganisationen fortgeführt.

Hans-Jochen Vogel zitiert in seinem Grußwort Heinz Westphal aus einem Artikel zum 25. Todestag von Erich Ollenhauer: „Selbstlosigkeit, Engage-

ment nur für andere, Redlichkeit, Fairneß gegenüber dem politischen Gegner noch dann, wenn dieser die Regeln grob verletzt ...“ So hat auch Heinz Westphal seine Aufgaben als Bundestagsvizepräsident gesehen und ausgleichend im Bundestag gewirkt.

Heinrich L. Bode

Jüdische Gemeinde ehrt Hesselbach

In „Anerkennung seines vorbildlichen Engagements für die Belange der jüdischen Gemeinde“ hat die Frankfurter Jüdische Gemeinde Walter Hesselbach das Ehrensiegel in Silber verliehen. Hesselbach ist nach Walter Wallmann, Max Willner, Holger Börner, Ignaz Bubis und Ernst Gerhardt der sechste Träger dieser höchsten Auszeichnung, die die Jüdische Gemeinde vergibt.

clau

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahreschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schütz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.